



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Letzte Regierungserklärung von Angela Merkel

Zukunftsfähigkeit der EU im Zentrum

Angela Merkel wird als erste deutsche Regierungschefin freiwillig aus dem Amt scheidet. In dieser Woche standen ihre letzte Regierungsbeurteilung und ihre vermutlich letzte Regierungserklärung auf der Tagesordnung des Bundetags. Im Mittelpunkt stand Europas Zukunft.

Die Kanzlerin verwies darauf, dass Europa seine Solidarität und Handlungsfähigkeit in der Corona-Pandemie unter Beweis gestellt habe. Mit dem Wiederaufbaufonds, aus dem ab Juli erste Gelder fließen sollen, habe die EU auf eine außergewöhnliche Krise eine außergewöhnliche Antwort gegeben. Das Geld müsse jetzt allerdings für Reformen eingesetzt werden – mit den Schwerpunkten grüne Erneuerung und Digitalisierung. Erst wenn dies gelinge, werde die EU zukunfts- und wettbewerbsfähig sein.

Im Anschluss an die Rede der Bundeskanzlerin sprachen auch die drei Kanzlerkandidaten von Union, Grünen und SPD. Armin Laschet griff dabei die AfD scharf an. Deren Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus der EU schade den deutschen Interessen. Er betonte, dass die Welt durch den Aufstieg Chinas vor einem Epochenwechsel stehe, den jeder einzelne europäische Nationalstaat allein nicht bewältigen könne. Daher werde Europa mehr denn je gebraucht. Allerdings sei Europa gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik oft blockiert, weil dort noch immer das Prinzip der Einstimmigkeit herrsche. Daher verlangte der NRW-Ministerpräsident auch hier den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen, denn ansonsten bleibe Europa international „auf der Zuschauertribüne“. ■

Bundestag beschließt Maßnahmenpaket zum Schutz vor Gewalt und Verbrechen

Als CDU/CSU konnten wir auf den letzten Metern dieser Wahlperiode noch ein umfassendes Maßnahmenpaket in der Innen- und Rechtspolitik durchsetzen. Der Rechtsstaat zeigt mit diesem Gesetzespaket seine Zähne und stärkt den Schutz vor Gewalt und Verbrechen. Die neuen Regelungen fügen sich ein in zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit, die wir als CDU/CSU in dieser Wahlperiode vorangetrieben haben.

So genannte ‚Feindeslisten‘, mit denen politisch missliebige Personen gekennzeichnet werden, können künftig nicht mehr straflos im Internet veröffentlicht werden. Widerwärtige Missbrauchsanleitungen, mit denen sich Pädokriminelle darüber informieren, wie sie noch leichter und unauffälliger Kinder missbrauchen können, werden verboten. Wir verbieten kriminelle Handelsplattformen, auf denen Waffen oder Drogen im Darknet verkauft

werden und Kinderpornographie gehandelt wird. Frauen werden besser vor Stalking geschützt, indem der Straftatbestand der Nachstellung praxistauglicher ausgestaltet wird. Wir erhöhen den Schutz von Prostituierten: Freier, die sexuelle Dienstleistungen trotz einer offensichtlichen Zwangslage der Prostituierten in Anspruch nehmen, müssen sich künftig unter strengeren Voraussetzungen strafrechtlich verantworten.

Außerdem kann zukünftig bei Mord und Völkermord das Strafverfahren gegen einen zuvor freigesprochenen Täter neu aufgerollt werden, wenn neue Beweismittel auftauchen, die die Täterschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit feststellen. Damit reagieren wir auf neue technische Möglichkeiten, beispielsweise die DNA-Analyse. In diesen eng umgrenzten Fällen soll die Gerechtigkeit Vorrang gegenüber der Rechtskraft eines Freispruchs haben. ■

Keine Einbürgerung von Antisemiten und Rassisten

Auf Initiative der Union hat der Bundestag in dieser Woche eine neue Regelung geschaffen, nach der niemand einen deutschen Pass bekommt, der zu einer antisemitisch, rassistisch oder fremdenfeindlich motivierten Straftat verurteilt worden ist. Es war uns besonders wichtig, dass eine Einbürgerung künftig selbst bei geringfügigen Gesetzesverstößen ausgeschlossen wird. Denn derartige menschenfeindliche Straftaten sind niemals eine Bagatelle. Wer eine solche Straftat begeht, dem verweigern wir die Einbürgerung – ohne Wenn und Aber. Zugleich wird auch der Fragenkatalog im Einbürgerungstest überarbeitet. Beide Maßnahmen sind die Konsequenzen unter anderem aus den unerträglichen antisemitischen Zwischenfällen auf unseren Straßen im Mai. Die Existenz des Staates Israel ist deutsche Staatsräson. Das ist jetzt eindeutig im Einbürgerungsrecht erkennbar. ■

Der Bund erweitert den ÖPNV-Rettungsschirm um eine Milliarde Euro

Der Bund nimmt für 2021 eine Milliarde in die Hand, um die Länder bei der Finanzierung des ÖPNV zu unterstützen. Leider sind die Fahrgeldeinnahmen der Verkehrsunternehmen immer noch so erheblich gemindert, dass eine Fortführung des ÖPNV-Rettungspakets des letzten Jahres notwendig ist. Damit können Bus- und Bahnverkehre weiterhin in einem angemessenen Umfang aufrechterhalten werden. Die Zahlungsmodalitäten werden so angepasst, dass die hälftige Beteiligung der Länder erfolgt, bevor der Bund vorzeitig zahlt. ■

Mehr Schutz für Verbraucher

Teuren Kostenfallen und unangemessenen Vertragsverlängerungen haben wir im Koalitionsvertrag den Kampf angesagt. Nun werden überlange Kündigungsfristen und unangemessene Vertragsverlängerungen der Vergangenheit angehören. So sind zukünftig Anbieter von zweijährigen Laufzeitverträgen verpflichtet, auch einjährige Laufzeitverträge anzubieten, die maximal 25 Prozent teurer sein dürfen. Wer künftig eine Kündigungsfrist verpasst, bleibt nicht mehr wie bisher ein weiteres Jahr in einem vielleicht ungünstigen Vertrag gefangen,

weil sich dieser automatisch um 12 Monate verlängert. Als Union haben wir durchgesetzt, dass sich Verträge maximal um einen Monat verlängern und Kunden monatlich kündigen können. Zudem haben wir für Energielieferverträge mit Haushaltskunden die Einführung eines Textformerfordernisses eingeführt. Damit werden Verbraucher besser vor telefonisch aufgedrängten oder untergeschobenen Energielieferverträgen geschützt. Schließlich konnten wir in den parlamentarischen Beratungen einen verpflichtenden Kündigungsbutton im Online-Bereich durchsetzen. Ein Vertrag im Internet ist schnell geschlossen. Oftmals genügt dafür ein Klick. Den Vertrag wieder zu kündigen ist meistens wesentlich schwieriger. Nicht selten muss man sehr lange suchen, sich durch mehrere Seiten klicken und am Ende womöglich noch per Brief oder Fax kündigen. Das ist eine unangemessene Benachteiligung von Verbrauchern, verursacht Kosten, viel Ärger und manchmal auch einen Rechtsstreit. Der Button als unkomplizierte Kündigungsmöglichkeit im Online-Bereich schafft hier Abhilfe und wird dafür sorgen, dass Verbraucher nicht mehr so oft durch unbeabsichtigte Vertragsverlängerungen finanzielle Nachteile erleiden müssen. ■

Aktuelle Zahlen zur Impfkampagne

Impfungen: 70,5 Millionen
+11,5 Mio in 14 Tagen
Erstimpfungen: 43.958.788 (52,9%)
Zweitimpfungen: 28.383.081 (34,1%)
Steigerung der Quote um 10% in 14 Tagen
(Quelle: <https://impfdashboard.de>)

Schöne Ferien!

Heute endete die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in dieser Wahlperiode.

Am 26. September wird der Bundestag neu gewählt. Doch nun steht erst einmal der Sommer vor der Tür. Ich wünsche Ihnen möglichst entspannte und erholsame Ferien. Über Ihre Unterstützung im Wahlkampf würde ich mich sehr freuen.

Ihr

